



Vom Antirassistischen Bildungsforum Rheinland

Imperialismus

Konjunktoren eines umstrittenen Begriffs

Der schillernde Begriff „Imperialismus“s diene seit jeher als analytisches Instrumentarium wie zugleich als Kampfbegriff. Verquere Deutungen von Links und begriffliche Übernahme von Rechts führten dazu, dass heute in vielen linken Diskussionen eher von „Globalisierung“ gesprochen wird. Imperialismus ade also?

Sprachlich leitet sich 'Imperialismus' aus dem lateinischen „imperare“ (herrschen) ab. Demnach wird unter Imperialismus allgemein die Machtausdehnung eines Staates/Herrschaftsreiches mit militärischen und politischen Mitteln verstanden. Imperien waren in der Antike Weltreiche wie das den Begriff prägende „Imperium Romanum“.

„Imperialismus“ im Wortsinne wurde hingegen erstmalig für die Expansionspolitik **Napoleon Bonapartes** benutzt. Im diesem Kontext wurde er als „Zustand eines Staates, in welchem die auf Soldaten gestützte Willkür des Regenten herrscht“ – so die Definition im *Brockhaus* von 1884 – verstanden. Diese Definition beinhal-

tete zunächst die Identifizierung von Imperialismus mit dem Cäsarismus und Bonapartismus, also eine Gleichsetzung von Imperialismus mit Weltherrschaft wie mit Militärdiktatur. Im Zuge der Auseinandersetzung mit dem englischen Kolonialismus wie mit der Expansion eines industrialisierten Kapitalismus fand eine begriffliche Wandlung des Imperialismus statt. Nach der klassischen Definition von **Heinrich Friedjung** in seinem 1919 veröffentlichten Band „Das Zeitalter des Imperialismus“ wurde unter dem Begriff der „Drang der Völker und Machthaber nach einem wachsenden Anteil an der Weltherrschaft, zunächst durch überseeischen Besitz“ verstanden. Laut Friedjung war dieser

Drang im Imperialismus „zur Richtschnur des Handelns erhoben worden“. Der Begriff fand Eingang in die politische Diskussion im Kontext der kapitalistischen Globalisierungswelle zwischen 1840 und 1914. Er stand zugleich für das Bestreben der europäischen Mächte nach ökonomischem und politischem Einfluss in der außereuropäischen Welt. Dies bedeutet, dass der Imperialismus sowohl als System- und Herrschaftsbegriff wie zugleich auch als Epochenbegriff Verwendung fand. Im Zuge einer ansetzenden weltumspannenden Technologisierung und Durchkapitalisierung entwickelten sich im „imperialen Zeitalter“ mit der Freihandelslehre des Liberalismus und dem aufkommenden Marxismus politische Denkansätze und Globalisierungsutopien, welche die Welt als Ganzes in den Blick nahmen. Fortan fand Imperialismus zunehmend als politischer Kampfbegriff Eingang in die Debatte. Im herrschaftskonformen Verständnis wurde

der Imperialismus zur „Zivilisierungsmission“ gegenüber den „geschichtslosen Völkern“ verklärt. So rechtfertigte etwa der spätere südafrikanische Premierminister **Cecil Rhodes** die imperialistische Politik des britischen Weltreiches mit Verweisen auf göttliche Fügung: „Wenn es einen Gott gibt, denke ich, so will er [...] eins gern von mir getan haben: nämlich so viel von der Karte Afrikas britisch rot zu malen wie möglich und anderswo zu tun, was ich kann, um die Einheit der englischsprechenden Rasse zu fördern und ihren Einflussbereich auszudehnen.“

Hier kommt die Symbiose von Nationalismus, Rassismus und Ausbeutung im imperialistischen Denken deutlich zum Ausdruck. In seiner klassischen Untersuchung der Technikentwicklung in der aufkommenden kapitalistischen Industriegesellschaft wies der Wirtschaftshistoriker **David Landes** auf die Folgen des imperialistischen Liberalkapitalismus hin: „Hierdurch und nicht zuletzt auch durch die immer heftiger werdenden Rivalitäten verschärfte sich die zwei Formen des Wettbewerbs, die schließlich in der Welle des Landhungers und in der Jagd nach ‘Einflussphären’, die man als den Neo-Imperialismus bezeichnet hat, aufgingen.“ Der Historiker **Eric Hobsbawm** hat aufgezeigt, dass lange vor der Katastrophe des 1. Weltkrieges der Expansionsdrang des Kapitalismus zu Ausplünderung und Krieg geführt hat: „Nun lag die charakteristische Eigenart kapitalistischer Akkumulation gerade darin, dass sie keine Grenzen kannte. Die ‘natürlichen Grenzen’ der Standard Oil, der Deutschen Bank oder der De Beers Diamond Corporation befanden sich am Ende des Universums [...]. Es war diese Seite der neuen Weltpolitik, die die Strukturen der alten Weltpolitik aus den Angeln hob.“ Die imperialistische Politik gegenüber den als „barbarisch“ bezeichneten Ländern war gekennzeichnet durch extreme Ausplünderung, Unterdrückung, Gewalt und indirekten wie direkten Massenmord. Der Wirtschaftshistoriker **Karl**

Polanyi verweist darauf, dass die Hungersnöte im Trikont im Zusammenhang mit der imperialen Einflussnahme der Industrieländer standen: „Die über die Einheimischen hereingebrochene Katastrophe ist die direkte Folge der schnellen und heftigen Zerstörung der grundlegenden gesellschaftlichen Institutionen der betroffenen Gesellschaften.“ Der klassische Imperialismus war nicht erst zum Beginn des 1. Weltkrieges durch Tod und Massenmord gekennzeichnet. An der Peripherie, in den ausgebeuteten Ländern hatte die imperialistische Politik von Beginn an Tod und Zerstörung zur Folge. Die Blütezeit des Imperialismus mit seinen liberalistischen Heilsversprechen gegenüber den „barbarischen Völkern“ beinhaltete den gewaltsamen Export eines „Zivilisationsmodells“ des kapitalistischen Marktes, das blutige Konsequenzen zeitigte.

In seiner Untersuchung zu den Hungerkatastrophen im imperialistischen Zeitalter kommt **Mike Davis** zu dem Schluss: „Millionen starben nicht außerhalb des ‘modernen Weltsystems’, sondern im Zuge des Prozesses, der sie zwang, sich den ökonomischen und politischen Strukturen anzupassen. Sie starben im goldenen Zeitalter des liberalen Kapitalismus; viele wurden [...] durch die dogmatische Anwendung der heiligen Prinzipien von **Smith, Bentham** und **Mill** [wirtschaftsliberale Theoretiker; A.B.] regelrecht ermordet.“

Im ausgehenden 19. Jahrhundert war die imperialistische Aufteilung der Welt bis auf China und das Osmanische Reich weitgehend abgeschlossen. Der berüchtigte – von dem damaligen deutschen Staatssekretär des Äußeren, **Bernhard von Bülow**, 1897 geforderte „Platz an der Sonne“ für den ‘zu spät gekommenen’ deutschen Nationalstaat war daher ohne imperialistische Aufrüstungs- und Kriegspolitik nicht zu haben, die zur Urkatastrophe des beginnenden 20. Jahrhunderts, dem 1. Weltkrieg führte. Die Nationalstaaten als „Aggressionsmaschinen“ (**Dieter Lange-**

wiesche) standen in einer immer schärfer werdenden imperialistischen Konkurrenz zueinander: Der Imperialismus – laut **Hannah Arendt** „das erste Stadium der politischen Herrschaft der Bourgeoisie“ – war mit dem Nationalismus symbiotisch verbunden. So erklärte etwa der Soziologe **Max Weber** 1889: „Nur völlige politische Verzogenheit und naiver Optimismus können verkennen, dass das unumgängliche Ausdehnungsstreben aller bürgerlichen Kulturvölker, nach einer Zwischenperiode äußerlich friedlichen Konkurrierens, sich jetzt in völliger Sicherheit dem Zeitpunkt wieder nähert, wo nur die Macht über das Maß des Anteils der einzelnen Nationen an der ökonomischen Beherrschung der Erde und damit auch der Erwerbsspielraum ihrer Bevölkerung, speziell ihrer Arbeiterschaft, entschieden wird.“

Allgemein wird die Epoche von zirka 1840/70 bis 1914/18 als das klassische „Zeitalter des Imperialismus“ bezeichnet. In der wissenschaftlichen und besonders in der politischen Diskussion herrscht weitgehend Einigkeit, dass die imperialen Spannungen zwischen den europäischen Großmächten und der Nationalismus maßgeblich zum Ausbruch des 1. Weltkrieges führten. Kontrovers wurde – und wird – hingegen diskutiert, ob und wie nach dem Ende des „klassischen Imperialismus“ der kapitalistischen Moderne zum Ende des 1. Weltkrieges jener Begriff zur Kennzeichnung internationaler Politik noch Verwendung finden kann.

Zu Zeiten der Blockbildung nach dem 2. Weltkrieg wurde wahlweise vom US-Imperialismus wie vom Sowjet-Imperialismus gesprochen. Der Begriff erhielt hierbei erneut Bedeutung durch die Herausbildung nationaler Befreiungsbewegungen, die sich als „antiimperialistisch“ verstanden. Hiermit wurde deutlich, dass mit dem Ende des 2. Weltkrieges die Epoche kriegerischer Auseinandersetzungen beileibe nicht abgeschlossen war. In neoimperialistischer Manier vollzog sich bruchlos die Ausplünderung der

so genannten Dritten Welt durch die Industriestaaten – allerdings nicht widerstandslos: Im Zuge der Ausbreitung sozialistischer Ideen entstanden im Trikont bewaffnete Bewegungen, die sich nach dem Muster des Partisanen- und Guerillakrieges gegen die imperialistischen Machthaber zur Wehr setzten. Hierbei wurde der Kampf der algerischen Befreiungsfront gegen das imperialistische Frankreich zu einer Art von Vorbild für folgende antiimperialistische Bewegungen. Von Vietnam über Mozambique und Angola bis nach Lateinamerika vollzog sich der Einstieg in die Epoche des antiimperialistischen Kampfes gegen die imperialistische Aufteilung und Ausplünderung der Welt. Führer nationaler Befreiungsbewegungen und Guerillagruppen wie **Ho Chi Minh** oder **Ernesto „Che“ Guevara** wurden zu Vorbildern des antiimperialistischen Kampfes wie zugleich zu Ikonen der in den Sechzigern entstehenden Neuen Linken.

Nach dem Zusammenbruch des als „Real-Sozialismus“ bezeichneten RGW-Blocks prägten Diskussionen um ein „Ende der Geschichte“ internationaler Systemkonkurrenz die politische Diskussion. Die neue Welle kapitalistischer Globalisierung unter



neoliberalen (De-)Regulationsformen wurde in den herrschaftskonformen Think-Tanks und Medien als „neue Weltordnung“ des kapitalistischen „freien Westens“ verklärt, zu der es keine Alternativen mehr gebe. Zugleich wurde auch in den NGOs unter dem Schlagwort „Global Governance“ über die Möglichkeiten ziviler und funktionsübergreifender internationaler Konfliktregelung und Politikgestaltung unter vorherrschenden Prämissen debattiert. Die Mär vom Verschwinden von Imperialismus und Krieg wurde jedoch umgehend von der Realität überholt: Im Zuge des Ausbrechens neuer Kriege im auseinander fallenden Jugoslawien wie im Irak entfalteten Debatten um die Charakterisierung eines neuen Imperialismus erneut Wirkung.

„Verfaultes Stadium des Kapitalismus“?

Die ökonomischen Ursachen des Imperialismus wurden erstmalig wirkungsmächtig von dem englischen Publizisten und Radikaldemokraten **John A. Hobson** gedeutet. Motiviert durch seine Ablehnung des Burenkrieges interpretierte er 1902 Imperialismus als Politik des Nationalismus und Militarismus, die von Großunternehmen gefördert werde: „Bei näherer Analyse finden wir, dass die Übersparnisse, welche die wirtschaftliche Hauptwurzel des Imperialismus sind, aus Zinsen, Monopolgewinnen und sonstigen unverdienten oder exzessiven Elementen des Einkommens bestehen.“

In seiner Agitationschrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ übernahm der bolschewistische Parteistrateg **Wladimir I. Lenin** viele Anregungen aus dem Werk von Hobson und formulierte fünf Merkmale des Imperialismus:

- » Monopolbildung
- » Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital zum „Finanzkapital“
- » Kapitalexpert in „rückständige“ Länder
- » Aufteilung des Weltmarktes durch Monopole
- » Territoriale Aufteilung zwischen Großmächten

Der Imperialismus sei hierbei durch die Verschmelzung von Finanzkapital mit dem Staatsapparat als „Staatsmonopolismus“ gekennzeichnet, der das letzte Stadium der „inneren Fäulnis“ erreicht habe. Obwohl Lenins Schrift mehr eine zeitgenössische polemische Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie als eine theoretisch fundierte Analyse war, wurde sie zu einer Kultschrift des Marxismus-Leninismus und antiimperialistischer Bewegungen weit über ihre Zeit hinaus.

Im Unterschied zu Lenin verstand **Rosa Luxemburg** Imperialismus als eine dem Kapitalismus inhärente Erscheinungsform, dessen Reproduktion von Anfang an auf die Ausbeutung nichtkapitalistischer Produktionsweisen angewiesen ist: „Sowenig die Kapitalakkumulation in ihrer sprunghaften Ausdehnungsfähigkeit auf den natürlichen Zuwachs der Arbeiterbevölkerung zu warten und mit ihm auszukommen vermag, sowenig wird sie auch die natürliche Zersetzung der nichtkapitalistischen Formen und ihren Übergang zur Warenwirtschaft abwarten und sich mit ihm begnügen. Das Kapital kennt keine andere Lösung der Frage als Gewalt, die eine ständige Methode der Kapitalakkumulation als geschichtlicher Prozess ist.“ Hiermit geht Luxemburg über linke Erklärungsansätze, welche den Imperialismus lediglich aus der Sphäre des „Finanzkapitalismus“ abzuleiten bestrebt waren, hinaus. Trotz großer Unterschiede zeitgenössischer Schriften linker marxistischer wie „marxistisch-leninistisch“ orientierter Theoretiker (**Kautsky, Hilferding, Bucharin, Bauer** u.a.) verband alle die Vorstellung von einem Kausalzusammenhang von Kapitalismus, Militarismus

und Nationalismus – später auch von Faschismus – im Phänomen des Imperialismus: Der Begriff stand fortan für die Linke für ein Phänomen des kriegerischen, die Welt unterjochenden Kapitalismus, der daher als Ganzes abzuschaffen sei. Vor allem einte die damalige Linke die Vorstellung von einer „finalen Auseinandersetzung“ zwischen Imperialismus und proletarischem Internationalismus, die in der Realität bekanntlich nicht in einen weltweiten Siegeszug eines wie auch immer gearteten Sozialismus mündete. Der Sieg der russischen Oktoberrevolution und die Entstehung eines „realsozialistischen Blocks“ weckte jedoch allgemein und auch im kolonial ausgeplünderten Trikont die Hoffnung auf die Realisierbarkeit „nationaler Befreiung“ durch antiimperialistischen Kampf. Lenins Agitationschrift zum Imperialismus erhielt dort für Jahrzehnte einen Kultstatus, der an das „Kommunistische Manifest“ heranreichte.

Der Imperialismus als angeblich finales Stadium des Kapitalismus erwies sich allerdings als überlebensfähiger, als es sich seine linken Kritiker damals vorstellen konnten.

Viele nationale Befreiungsbewegungen entstanden schon nach dem 1. Weltkrieg und sahen sich als Teil einer weltweiten antiimperialistischen Bewegung, die nach dem 2. Weltkrieg in nahezu allen Kolonien der industriekapitalistischen Staaten Wirkung entfaltete. In jener Zeit des „Kalten Krieges“, der im Trikont vielerorts ein „heißer“, ein direkter und äußerst blutig geführter Krieg war, erlangten die Guerillabewegungen trotz furchtbarer Verluste hier und da sogar die Vorherrschaft gegenüber einer technisch haushoch überlegenen Militärmacht. Symbolisch für derartige „Siege“ stand der Kampf des vietnamesischen Vietkongs gegen die US-Kriegspolitik, die mit dem Rückzug der US-Streitkräfte endete. Das von den US-Truppen eingesetzte und als „Agent Orange“ bezeichnete Entlaubungsgift wurde für die internationale Öffentlichkeit zum Synonym für einen

sich mörderisch gebärdenden US-Imperialismus.

Antiimperialistische Wirren

Theoretisches Rüstzeug des Antiimperialismus war maßgeblich der Marxismus-Leninismus. Die Staaten des „antiimperialistischen Lagers“ unterstützten die unterschiedlichen antiimperialistischen Guerillabewegungen materiell, verbanden dies aber mit politischer Einflussnahme. Dies beinhaltete sowohl eine inhaltliche Reduktion des Verständnisses von Imperialismus auf ein politisches Lagerdenken zwischen „realsozialistischem“ und „imperialistischem“ Block wie zudem die deutliche politische Instrumentalisierung der nationalen „antiimperialistischen Bewegungen“ durch die (post-)stalinistische Sowjetunion. Imperialismus wurde weitestgehend mit „US-Imperialismus“ gleichgesetzt, Antiimperialismus wurde oftmals identisch mit einem kruden Antiamerikanismus, der deutliche nationalistische und völkische Tönungen aufwies. Der proklamierte „Kampf der Völker um Befreiung“ vom verhassten US-Imperialismus erwies sich in der Folge für Menschen in diesen Ländern zu meist im Ergebnis als autoritäre Entwicklungsdiktatur in Abhängigkeit zum realsozialistischen Block, die mit einer „Befreiung“ von Unterdrückung und Ausbeutung nichts zu tun hatte. In der Neuen Linken in den kapitalistischen Metropolen nach 1968 verfestigte sich ein verklärtes Bild von „Antiimperialismus“ als einem Glauben an „kämpfende Völker“, die sich heldenhaft dem in der USA personifizierten Bösen erwehren und bewaffnet den „Sieg“ des Sozialismus erschaffen. Die nationalen Guerillagruppen wurden zudem zur Projektionsfläche für nicht selbst geführte soziale und politische Kämpfe und Klassenausinandersetzungen im Heimatland. Im antiimperialistischen Weltbild der Neuen Linken wurden oftmals die sozialen und politischen Widersprüche innerhalb der Trikontländer wie auch innerhalb der jeweiligen nationalen Befreiungsbewegungen ausgeklammert. Statt einer

materialistischen Analyse der internationalen Staats-, Macht- und Klassenverhältnisse herrschte oftmals eine romantisierende Verklärung von „nationalem Befreiungskampf“ im Trikont vor. Die unreflektierte Verherrlichung des „bewaffneten Kampfes“ führte bei Teilen der militanten Linken (nicht nur) in Deutschland zu Entwicklungen, die im kritischen Rückblick nichts mehr mit Humanität und Befreiung zu tun haben. Ein instrumentelles Verhältnis zur Gewalt und ein dichotomes Weltbild von Gut und Böse führten in ihren Extremformen zu Gewalttaten und Hinrichtungsaktionen, die im Rückblick nur noch als Ausdruck völligen politischen wie moralischen Bankrotts zu deuten sind.

Gehörte früher bei Autonomen und „Antiimps“ der proklamierte „Kampf gegen das imperialistische System“ als Identitätsfloskel noch zum guten Ton, so wurde im Zuge des Zusammenbrechens internationaler „Soli-Szenen“, der Auflösungserklärungen der bewaffneten Gruppen wie auch stärker einsetzender Selbstkritik an rechtskompatiblen antiimperialistischen Weltbildern und deren oftmals auch antisemitischen Untertönen fortan eine gegenteilige Tendenz spürbar: Statt von Imperialismus zu reden, wurde in den Bewegungen der radikalen Linken fortan eher über die Fallstricke von Antiamerikanismus und Antizionismus wie über ein weltumfassendes und den Imperialismus ablösendes „Empire“ diskutiert – „Antiimperialismus“ wurde out.

Imperialismus ade?

Nach dem 11. September und dem Beginn des dritten Golfkrieges wurde öffentlich sichtbar, dass der Imperialismus als Phänomen keinesfalls verschwunden ist oder sich in einer postimperialistischen Weltgesellschaft aufgelöst hat. Die neokonservative Rechte in den USA verkündet gar offen die Notwendigkeit imperialer Politik – auch mit militärischen Mitteln. Imperialismus verstanden als imperiale, Ordnung schaffende Machtpolitik für einen „freien Markt“ ist politisch

en vogue. Ebenso wird in den neo-konservativen Think-Tanks offen über zwischenimperialistische Blockkonfrontationen nachgedacht. Der neo-konservative Politikwissenschaftler **Herfried Münkler** etwa sieht eine „imperiale Herausforderung Europas“ durch die USA und fordert offen „Einflussnahmen auf die Peripherie, die eher imperialen als zwischenstaatlichen Vorgaben ähneln“. Die staatstragende akademische Rechte posaunt offen heraus, was bei einigen Linken in sozialen Bewegungen noch nicht richtig angekommen ist: Imperialismus ist wieder in!

Im linken akademischen Milieu setzte sich die Debatte um die Veränderungen des Imperialismus im Kontext des kapitalistischen Formationswandels fort. Der amerikanische Politikwissenschaftler **Leo Panitch** etwa fordert eine begriffliche Neubestimmung von Imperialismus, die nicht „automatisch Konkurrenz zwischen imperialistischen Blöcken“ bedeutet: „Wir brauchen eine Imperialismustheorie, die wirklich den amerikanischen Staat als einen prototypischen Globalstaat versteht.“

Es gilt hierbei, die US-amerikanische Außenpolitik zu analysieren, ohne in die Fallstricke eines dumpfen Antiamerikanismus zu stapfen. Der Historiker **Karl Heinz Roth** vertritt in begrifflicher Anlehnung an Karl Kautsky die These: „Gegenwärtig dominieren [...] die Strukturen und Institutionen eines durch die militärische Dominanz der USA gesicherten kollektiven Herrschaftsausgleichs, eines gegen den globalen Süden gerichteten 'Ultra-Imperialismus'.“ Nach Ansicht des Anthropologen David Harvey vollzieht sich aktuell eine neue Form imperialistischer Ausbeutung unter neoliberalen Prämissen: „Das Hauptvehikel der Akkumulation durch Enteignung ist [...] die erzwungene Öffnung der Märkte überall auf der Welt durch den institutionellen Druck von IWF und WTO, unterstützt durch die Macht der USA (und in geringerem Maße Europas), den Ländern, die sich weigern, ihren Schutz abzubauen, den

Zugang zu ihren eigenen riesigen Märkten zu verweigern.“

Der Politikwissenschaftler **Joachim Hirsch** erklärt, dass der globale neoliberal umgebaute Kapitalismus in der postfordistischen Ära nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-System die Gestalt eines „Hyper-Imperialismus“ annehme: „Heute bezieht sich der Begriff auf die Existenz von internationalen Ausbeutungs-, Gewalt- und Abhängigkeitsverhältnissen, die durch die kapitalistische Produktionsweise hervorgebracht und mittels staatlicher Apparate gewaltförmig durchgesetzt werden. Genauer gefasst wird mit Imperialismus eine Struktur bezeichnet, in der sich die grenzüberschreitende Expansion des Kapitals auf die militärischen und politischen Potenziale von Staaten stützt und damit zu zwischenstaatlichen Rivalitäten bis hin zu militärischen Konflikten führt.“

Hierbei wird der Staat im Sinne von **Nicos Poulantzas** als „materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen“ verstanden. Diese Sichtweise ermöglicht eine materialistische Analyse von imperialistischen Machtverhältnissen, ohne in die Fallstricke eines starren und dualistischen antiimperialistischen Weltbildes zu stapfen. Poulantzas schuf hierzu schon in den 70er Jahren den Begriff der „inneren Bourgeoisie“, um auf „den Prozess der Internationalisierung und nicht auf eine in einem 'nationalen' Raum 'eingeschlossene' Bourgeoisie“ zu verweisen. Für Poulantzas besteht der Widerspruch in Europa nicht zwischen der Dominanz der USA und den jeweiligen nationalen Ökonomien, sondern zwischen den eigenen Bourgeoisien und dem Staat auf der einen Seite und der eigenen Bevölkerung auf der anderen. Der Staat als ein „soziales Verhältnis“ dient hiernach zur Reproduktion der Kapitalakkumulation und als Garant zur Aufrechterhaltung der Machtverhältnisse.

Gegenwärtig repräsentieren nach Ansicht linker Imperialismusforscher wie **David Harvey** oder Joachim Hirsch die USA als „globaler Ord-

nungsstaat“ ein System des Einzelstaaten übergreifenden „Gewaltmonopols“ zur Reproduktion internationaler Kapitalakkumulation. Dieses Verhältnis weist jedoch vielerlei Widersprüche und Konkurrenzverhältnisse auf. Imperialismus kann laut Hirsch folglich nicht als „historische Zustandsbeschreibung verwendet werden, sondern in ihm fasst sich ein komplexer und widersprüchlicher Prozess von Kapitalverwertung und Klassenkampf zusammen, der ohne die ihn kennzeichnenden politischsozialen Kräfteverhältnisse auf einzelstaatlicher und internationaler Ebene nicht verstanden werden kann“. ★

